DM 1,–

DER BREMER ANTIFASCHIST

Landesverband der VVN/Bund der Antifaschisten Bremen e.V.

Juli / August 7 / 8 / 95

Bremen wohin?

Das Ergebnis der Wahl vom 14. Mai 95 im Lande Bremen ist ein Spiegelbild der politischen und besonders der wirtschaftlichen Situation im Lande, nicht nur im Lande Bremen, sondern in Deutschland und bis auf wenige Regime weltweit. Zurück nach Bremen. Die größte Partei ist die der Nichtwähler. Sind sie nicht zur Wahl gegangen, weil sie den Parteien, dem Parlament, nicht mehr zutrauen, die Probleme zu lösen?

Mit dem fast Gleichauf der Stimmen von SPD und CDU verunsicherte sich die ganze Situation. Da glaubte die CDU, mit der AfB im Schlepptau (?) eine große Koalition fordern zu können. Dies entsprach nicht der Bildung einer SPD-Grünen-Koalition. Was nun sagten einige SPD-Funktionäre? Laßt die Basis, die uns gewählt hat, entscheiden. Und die Basis hat sich für eine Große Koalition entschieden. Sogleich meldete Ulrich Nölle seine Wünsche an. Ganz gleich, wer Präsident des Senats wird, wenn die Werftindustrie, die Luftfahrt usw. weiter entlassen, stimmen die Finanzen vorne und hinten nicht. Die weiter steigenden Soziallasten werden auch durch verkürzte Arbeitszeit ohne Lohnausgleich der Beamten auf die Dauer nicht abgefangen.

Was tun? Es sollte endlich die Umverteilung von oben nach unten in Angriff genommen werden. Die BRD leistet sich 83 Milliardäre gegenüber 3,7 Millionen Arbeitslosen und 1 Million Obdachloser. Bremen aber ist ein Teil und zwar der kleinste Teil dieser Republik. Bis 1960 war Bremen wirtschaftlich stark. Nachdem ein CSU-Finanzexperte Borgward „sanierte", bis das Werk geschlossen wurde. Seitdem hat Bremen DDR-Arbeitslosenquoten. Die Antifaschisten sind vor 50 Jahren für eine andere Republik angetreten.

Willy Hundertmark

Nach dem 8. Mai

Zum Nachhinein eine Vorbemerkung: Ist der 8. Mai 1945 der Tag der Befreiung oder der der Vertreibung? Diese Gegenüberstellung ist in den zahlreichen Veranstaltungen zum 50. Jahrestag eindeutig entschieden worden.

Mit der Befreiung der Völker von Nazidiktatur und Krieg wurde auch das deutsche Volk befreit; die Vertreibung der Deutschen aber ist die Folge von Krieg und Faschismus und wurde von den Vertretern der Antihitler-Koalition beschlossen. Dagegen wurde von der Antihitler-Koalition nicht die Spaltung Deutschlands beschlossen, wie noch oft argumentiert wurde. In den Potsdamer Beschlüssen heißt es eindeutig „Deutschland ist als einheitliches Ganzes zu behandeln."

... zur Koordinierung

Es war ein guter Beschluß des Landes und der Bürgerschaft, das Amt für politische Bildung und den angeschlossenen Verein „Erinnern für die Zukunft" zu beauftragen, die Veranstaltungen zum 50. Jahrestag der Befreiung zu koordinieren. Der rote Katalog von Amt und Verein bot eine Fülle von Veranstaltungen an, die wirklich für alle politisch Motivierten ein Angebot enthielt. Dazu gab es zusätzliche Angebote der Israelitischen Gemeinde, der Geschichtsgruppe Krankenhaus Ost, die ausgezeichnete Ergänzungen waren, bzw. sind. Als VVN-BdA unterstützen wir die Fortsetzung dieser Zusammenarbeit. Sie ist Grundlage einer weiteren Bündelung des Antifaschismus. Wir befürworten die weitgehende Selbständigkeit des Amtes und Vereins. Wir sind gegen eine parteipolitische Einflußnahme, egal aus welcher Richtung.

Zu den Angeboten der VVN-BdA

Erstmalig wurde in Bremen eine Ausstellung für die Division 999, „die mit dem blauen Schein", gezeigt. Sowohl im Bürgerhaus Vegesack wie in der Angestelltenkammer in Bremen wurde zusätzlich ein Dokumentar-Film gezeigt. Für alle Interessierten, die die Ausstellung nicht besuchen konnten, haben wir den Film „die 999er" erworben.

... außerdem

Zu den von uns angekündigten und besuchten Veranstaltungen wurde im letzten und in diesem BAF berichtet. Willy Hundertmark hat als Vertreter der VVN in 9 Schulklassen, davon 2 Leistungskursen Geschichte, vor einem Antifakurs beim WISS, in 8 Stadtrundgängen, davon je 1 mit Pfadfindern und 35 Geschichtslehrern unser Anliegen vertreten. Eine Einführung vor 200 Schülerinnen und Schülern in den Film „Schindlers Liste", 2 Veranstaltungen der Jusos und die Fahrt nach Sandbostel runden die Aktivitäten der VVN-BdA Bremen e.V. ab.

Und:

Vom Stolperstein zum Meilenstein

Bei seinem Besuch im Vorderen Orient wurde Helmut Kohl in Israel hochgeehrt. Vor 11 Jahren stolperte Kohl in Yad Vashem mit der Entschuldigung, er sei ein Kind der späten Geburt. Ein Jahr später ergreift der damalige Bundespräsident R. v. Weizsäcker die Initiative, um die Beseitigung des Stolpersteins einzuleiten. Am 8. Mai 1985 forderte er demonstrativ, den 8. Mai als Tag der Befreiung zu begehen, und den Widerstand aller, auch den der Kommunisten, anzuerkennen. Diese Haltung entsprach dem antifaschistischen Konsens, der Kohl mit Reagan zwang, erstmalig die Opfer des Faschismus in Bergen-Belsen zu ehren. Wie ehrlich der US-Präsident die Ehrung der Opfer des Faschismus vorgenommen hat, wurde an dieser Tatsache deutlich:

Reagan lehnte es ab, Willy Brandt zu empfangen, in Spanien aber empfing er einen Repräsentanten der Franco-Faschisten.

Nach diesen 10 Jahren ist zu fragen, wieviel Kreide Herr Kohl verzehrt hat, um dieses Mal in Israel so hoch geehrt zu werden. Für seine Mitstreiter Waigel und Stoiber war wohl keine Kreide mehr vorhanden gewesen. Auf jeden Fall war auf dem Treffen der Sudetendeutschen nichts von Versöhnung zu hören, von der H. Kohl wenige Tage vorher getönt hatte. Ohne mit einem Wort vom Münchener Diktat von Sept./Okt. 1938 anzurücken, forderten Waigel und Stoiber mit gerade nicht gemäßigten Tönen, die tschechische Regierung solle erst von den Beschlüssen des Benesch-Regimes abrücken. Die Reaktion der Regierung Tschechiens war sehr richtig, sie will sich diesem Diktat nicht beugen.

Es ist dann nur hinzuzufügen:

Die antifaschistischen Aktivitäten um den 8. Mai 1995 zeigen ein großes Potential, das in der Lage sein sollte, verlorene demokratische Grundrechte zurückzugewinnen und neue zu gewinnen. Das ist Lehre.

Willy Hundertmark

Hitlers sonderbarste Division

wurden die 999er im Jahre 1944 in einem US-Magazin bezeichnet. Hans-Peter Klausch zog die Traditionslinie von der Revancheidee am Ende des 1. Weltkrieges bis in die aktuelle Debatte des Bundestages zur Entschädigung von Deserteuren. Er zitierte Hitlers Ansprache an Generäle Anfang Februar 1933, um deutlich zu machen, um was es bei der Militarisierung Deutschlands ging. Vor allem mußten zunächst widerstrebende Kräfte ausgeschaltet werden: Kommunisten, Sozialdemokraten, Pazifisten, damit der Drang nach Osten beginnen konnte. Dem Terror der Anfangszeit des Nationalsozialismus entsprach der militärische Strafvollzug, an dessen Ende 20.000 Todesurteile standen.

Im Dezember 1941 mußte die Wehrmacht erkennen, daß sie ihr strategisches Ziel verfehlt hatte. In den folgenden Monaten griff man selbst auf „Wehrunwürdige" zurück. Um zu verhindern, daß die Propaganda der „Politischen" griff, wurden sie mit „Kriminellen" in Einheiten gesteckt, die unter dem Kommando eines ausgesuchten Sonderpersonals standen. Auf Rückfragen wurde allerdings klar, daß es sich sicherlich um disziplinarisch unter Bewährung stehende reguläre Armeeteile handeln mußte. Annähernd 28.000 wurden Oktober 1942 bis September 1944 unter vorläufige Wehrtauglichkeit gestellt, also unter Bewährung. Etwa jeder dritte war „Politisch". Die Ausbildung erfolgte auf dem Heuberg und in Baumholder/Pfalz, zwei Truppenübungsplätzen. Zuckerbrot und Peitsche bestimmten den Dienst, bis hin zu entehrenden Beschimpfungen vor versammelter Mannschaft. Von Anfang an gab es Todesurteile für Desertion, Dezember 1942 – Oktober 1944 wurden 65 Todesurteile vollstreckt.

Der Afrika-Division, für die der Krieg nach 6 Wochen zuende war, folgte die Aufstellung in Griechenland, wo mit einer alliierten Invasion gerechnet wurde. Es waren Festungsbataillone. Es gab verstärkt Desertion, wenn auch nicht in dem Ausmaß wie an der „Ostfront." Es kam zu wiederholten „Säuberungen", durch die 1.500 – 2.000 Mann Ende 1943/ Anfang 1944 in den Strafvollzug oder die Organisation Todt überführt wurden. Im August 1944 wurden 400 Mann nach Buchenwald überstellt. Die Waffen-SS schuf eine eigene SS-Brigade Dirlewanger.

Günter Gumpel von der AG der 999er schilderte uns, daß diese Ausstellung bereits am 11. Ort sei und bislang in 80 – 90 Führungen 12 – 1300 Menschen erreicht hat.

Richard Keßler

Tote auf Urlaub

lautet der Titel des neusten Buches unseres Kameraden Emil Carlebach, erschienen im Neuen Pahl Rugenstein Verlag für den Preis von DM 29,80. In einer Autorenlesung am 17.Mai im Ohlenhof erinnerte Emil an das Verhalten der verschiedenen Parteien bei der Wahl Hindenburgs. Er fragte, woher denn die Minister der Regierung Hitler kamen. Emil erinnerte zugleich an die Abstimmung über Hitlers Außenpolitik am 17. Mai 1933. Wer habe denn zu wessen Wohl Millionen in den Tod gehetzt? Ob Herr Mende sich jemals gefragt habe, für wieviele Tote er das Ritterkreuz erhalten habe? Wieso wohl die Trauerleier für die Niederlage der Konzerne und Wehrmacht am 7. Mai in München geplatzt sei? Die Propaganda für ihre Bewältigung laufe auf vollen Touren. Der Bundespräsident verkünde, „wir" dürften nicht länger Trittbrettfahrer sein.

Der Widerstand habe 21.000 Menschen lebend aus Buchenwald herausbekommen. In der DDR konnte kein Kiesinger Bundeskanzler, kein Otto Skorzny Generalvertreter von Daimler Benz werden. Emils Rede in Buchenwald wurde zwar in der Londoner Times, aber in keiner deutschen bürgerlichen Zeitung abgedruckt.

Nach der Wende versuchen Historiker, die alliierten Internierungslager umzufunktionieren. Dabei scheuen sie nicht einmal vor Verfälschung von Dokumenten zurück. Dokumente, jahrzehntelang bekannt, in Archiven schlummernd, weil sie nichts Beweiskräftiges hergaben, wurden zur moralischen Anklage gedruckt. Die Herkunftsbezeichnung am Krematorium Firma Topf/Erfurt wurde entfernt. Sie meldeten nach 1945 ein neues Patent an, Leichenfett als Feuerungsmaterial. Bislang steht Buchenwald noch, wenn auch sein Inhalt umgestaltet wurde. An der Selbst-Befreiung wurde gerüttelt. Am 9. April bestätigte unabhängig vom Dokument aus dem amerikanischen Militärarchiv ein weiterer Soldat, Milton Harrison, diese Tatsache.

Wilhelm Henkel

Kurzmitteilungen

20. 7. ab 11.00 Uhr: Die politischen Ziele der Offiziere des 20. Juli eine Alternative (Ausstellung der Bremer DFG/VK vor der unteren Rathaushalle und eine Antwort auf den „Aufstand des Gewissens" des Potsdamer Militärgeschichtlichen Forschungsamtes.

Jeden Donnerstag, 17.00 – 18.00 Uhr Friedensmahnwache auf dem Marktplatz

Jeden Dienstag, 20.00 Uhr Deutsche Friedensgesellschaft (DFG/VK) Am Wall 164 unterhalb des Wall Cafés.

Hiroshima-Tag
Am SAMSTAG, den 5.8.95 sprechen ab 11.00 Uhr auf dem Marktplatz voraussichtlich Heinz Joachim Zenker (Leiter des Hauptgesundheitsamtes Bremen), Helga Ziegert (DGB-Kreisvorsitzende Bremen), Herbert Brückner (ehem. Gesundheitssenator, Naturfreunde international)

... zum 1. September
Am 28. August findet im Haus kirchlicher Dienster, Hollerallee ein Vortrag von Dr. Ulrich Gottstein (IPPNW Frankfurt) statt. Zum 1. September ist dann eine Aktion am Bundeswehrhochhaus geplant. Es geht um eine Petition an den Bundestag. Gefordert wird, daß Nuklearwaffen nicht länger Bestandteil der Bundeswehrdoktrin sein dürften.

In der Petition heißt es u.a.: ...Volieren Sie gegen die Serienproduktion des Jägers 2000, stimmen Sie ebenfalls gegen die Anschaffung jedes neuen Rüstungsprojektes! Setzen Sie sich für eine zivile Sicherheitspolitik ein!

Die Kritik am Eurofighter-Programm wächst in der Bevölkerung der Bundesrepublik. Bisher haben weit über hunderttausend Menschen eine Petition gegen das neue Jagdflugzeug unterzeichnet. 60 Organisationen, darunter Wohlfahrtsverbände, christliche und Umweltgruppen haben sich zur bundesweiten Kampagne ‚Jäger 2000 stoppen – soziale Sicherheit schaffen' zusammengeschlossen. Parallel zur Bundestagswahl ergab eine Wählerbefragung 92 Prozent Neinstimmen.

...Wir brauchen keinen Jäger 2000 und möchten stattdessen lieber Investitionen im Sozial- und Umweltbereich!

BremerInnen gegen Jäger 2000

Revanchismus

im Haus der Bremischen Bürgerschaft

Was haben Kopernikus oder Kant mit „Vertreibung oder ethischer Säuberung" zu tun? Dieser Titel einer Ausstellung des Bundes der Vertriebenen im Haus der Bürgerschaft wird ergänzt durch „Unrecht bleibt Unrecht". Dennoch fehlen Bilder und Texte über deutsches Unrecht, deutsche Verbrechen, über die Ursachen der Vertreibungen also. – Verwirrende Wappenkunde, Geschichtsklitterungen, Fotos von Hunger, Elend und Flüchtlingstrecks schüren die Stimmung von Vergeltung und Wiedergutmachung. Die Zwecke der Ausstellung enthüllt die Tafel mit dem Beschluß des deutschen Bundestages, „die Bundesregierung aufzufordern, Möglichkeiten zu prüfen, wie Wiedergutmachungs- und Entschädigungsverpflichtungen der Vertreiber (!) geregelt werden können". Habe ich richtig gelesen: Der Bundestag wünscht Entschädigungen von den Ländern, die Hitlerdeutschland überfallen und verwüstet hat? Der Bund der Vertriebenen stellt sich als ein Ausbund von Revanchismus dar. Ich meine, eine solche Ausstellung hat im Bremer Parlament nichts zu suchen!

Dr.Ernst Busche

Opfer und Widerstand ehren

Am 12. Juni 95 waren im Clubzimmer der Synagoge etwa 25 Personen versammelt. Sie waren einer Einladung der „Deutsch-Israelischen Gesellschaft" (DIG) gefolgt. Das Thema lautete, welcher Gedenktag für die Opfer des Naziregimes ist der wirksamste? Zur Einleitung überraschte der Vorsitzende der DIG, Hermann Kuhn, die Teilnehmer mit einem Vorschlag von Rita Süßmuth. Sie schlägt vor, die Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz zum Tag des Gedenkens zu erklären. Nicht als gesetzlich bezahlten Tag, nein, nur so. Dieser Zusammenkunft war eine Befragung vorausgegangen. Ich habe meine Erklärung selbst vorgestellt. Meine Auffassung ist, den 8. Mai als zentralen Gedenktag einzuführen, vielleicht sogar mit dem Ziel als gesetzlichen Feiertag. Seit Jahren begehen wir in Bremen den 9. November als Gedenken zur Reichspogromnacht. Seit Jahren begibt sich am 9. November die SPD-Fraktion und zuletzt auch die CDU mittags an das Denkmal am Landherrenamt. Selbstverständlich ist der Befreiung von Auschwitz, aber auch der von Buchenwald zu gedenken. Zur Schuldfrage habe ich auf die Haltung der VVN hingewiesen. Seit ihrer Gründung 1947 erklärt die VVN, Aufklärung sei eine Angelegenheit, aber Schuld für die Nazivergangenheit hat die Jugend nicht. Ebenso deutlich sagen wir, sie hat die Verantwortung für ihre eigene Zukunft.

Nachdem Herr Grobe vom Verfassungsschutz den Tag der Verkündung der Nürnberger Gesetze im September 1935 hinzunahm, ergriff ich noch einmal das Wort. Hitler, erklärte ich, sei durch die Lande gereist und habe verkündet, seinen Kampf führe er gegen den jüdischen Bolschewismus. Wer nicht für ihn sei, werde vernichtet. In den Bockenheimer Dokumenten, die 1931 bekannt wurden, war schon alles so festgeschrieben, wie 1933 gehandelt wurde. In Bremen vollzog sich der Kampf gegen den jüdischen Bolschewismus so: Am 1. April 1933 wurde 100 Menschen, meist Kommunisten, aber auch Sozialdemokraten, in das KZ Mißler eingeliefert. Am selben Tage fand das erste Pogrom gegen Juden auch in Bremen statt.

In der anschließenden Aussprache wurde eine Reihe Anregungen gegeben. Es wurde auch angeregt, die Schwulen, die Sinti und Roma nicht zu vergessen, aber auch nicht die Politischen. Meine Meinung ist, der 8. Mai sollte gesetzlicher Feiertag werden.

Willy

Projekt Schwarz-Braun-Buch

Zu einem Gespräch luden am 1.Juni Conny Kerth, Jupp Angenfort und Uli Sander die Presse nach Bonn ein. Im Mittelpunkt die Erfahrungen mit Superwahljahr und Supergedenken. Nicht mehr hinzunehmen sei, so Jupp Angenfort, daß Antifaschisten mit Faschisten in einem Bericht zu Extremisten zusammengeworfen werden. Die unverzügliche Entschädigung aller Opfer des NS-Regimes, insbesondere bisher nicht berücksichtigter NS-Opfer, sei nun von den Landesregierungen einzufordern. Faschistische Parteien seien aufzulösen, die Verbreitung ihrer Ideologie wirksam zu unterbinden. Es geht kurz und knapp gesagt darum, dem Neo-Totalitarismus der Bundesregierung entgegenzuwirken. Daher wurde ein Schwarz-Braun-Buch im Entwurf vorgelegt, das demnächst bei Pahl-Rugenstein-Nachfolger erscheinen wird.

„Weder für den Umgang mit der Nazivergangenheit noch mit der Gegenwart der Rechtsentwicklung gibt es einen Schlußpunkt." Die Wahlauswertung zeige, daß die Konservativ-Liberale Regierungsbank verloren habe. Das Supergedenkjahr wurde fortgesetzt mit der Erinnerung an die Vertreibung aus dem Osten, so als ob dies keine Vorgeschichte habe. Kein Wort der Entschuldigung, der Scham, der Reue für den NS-Terror, der dafür ursächlich verantwortlich war. Angesichts des weiteren rechten Terrors mit zahlreichen Todesopfern wurde im Verfassungsschutz vom Ansteigen des Linksterrors gesprochen. Und Bundespräsident Herzog führte u.a. aus: „Deutsche Interessen, das sind zunächst unsere unmittelbaren nationalen Interessen, wie Sicherheit und Bewahrung von Wohlstand" und „Wir müssen bereit sein, militärische Macht einzusetzen, wenn alle anderen Mittel versagt haben."

Eckhardt Spoo weist im Überblick des Schwarz-Braun-Buches hin auf die allmähliche Abwicklung des antifaschistischen Konsens. Rolf Gössner zeigt auf das Grundübel: den Abbau der Bürgerrechte. Gerd Deumlich zeigt die Hintergründe von Schäubles Zukunftsvision. Gerd Siemantel erörtert die Rolle der Aushöhlung der Verfassung. Lorenz Knorr beschreibt die zunehmende Militarisierung. Die Traditionspflege der Bundeswehr beschreibt Helmut Prieß. Die Heimatpolitik der Vertriebenen wird von Alexandra Stolze untersucht. Umgang mit Tätern und Opfern steht im Mittelpunkt der Betrachtungen von Rosa Vadehra-Jonas. Gewöhnung an Geschichtsklitterung beschreibt Uli Schneider, die Rolle des Widerstands in den Geschichtsbüchern Karl-Heinz Jahnke. Heinrich Hannover und Jens-Uwe Heuer beschäftigen sich mit dem Rechtsbewußtsein. Im weitern folgen Berichte von Jürgen Trittin zum Abschied von der Marktwirtschaft, Anne Rieger zum Standort Deutschland, zur Bankenmacht von Diether Dehm.

Es ist ein spannendes Werk, das ihr kaufen solltet.

Wilhelm Henkel

Vor 60 Jahren

urteilte das Hanseatische Oberlandesgericht in mehreren Hochverratsverfahren Dutzende von Bremer Arbeitervertretern zu empfindlichen Zuchthausstrafen ab. Der Prozeß gegen 88 Mitglieder der SPD und des Reichsbanners (gg.Dehnkamp und Gen.) begann am 1. August 1935 und endete mit Zuchthausstrafen zwischen 8 Monaten und drei Jahren.

Im etwa zeitgleich verhandelten Prozeß gegen 75 Mitglieder der KPD (gg. Waldheim und Gen.) wegen Zahlung und Kassierung von Beiträgen, Wiederherstellung der Bezirksleitung, Organisierung der Stadtteilarbeit, Herstellung, Verbreitung und Verkaufs illegaler Schriften wurden Zuchthausstrafen von 2-6 Jahren verhängt.

Nach dem Verbot hatte sich die SPD im Sommer 33 neu organisiert. Auch ihre „heimliche Arbeit gegen den Staat" bestand lt. Anklageschrift in der Zahlung und Kassierung von Beiträgen, sowie der „Verbreitung hetzerischer Schriften".

Der Prozeß gegen die SPD im November/Dezember 1935 (gegen Osterloh und Gen.) führte zu Zuchthausstrafen zwischen einem und acht Jahren. Wegen Hochverrats verurteilt wurden bekannte Bremer Politiker wie Anna Stiegler, Johann Kühn, Willi Blase und Richard Bolljahn.

R.G.

Nach dem „Besonderen" handeln

Am 24. Mai hat das Bundesverfassungsgericht (BVG) ein Urteil verkündet, nach dem Mitarbeiter der Staatssicherheit (Stasi) für ihre Tätigkeit in der DDR nicht verurteilt werden können. Sie könnten nicht verurteilt werden, weil die DDR ein völkerrechtlich anerkannter Staat gewesen sei. Daraus schlossen unsere Medien messerscharf, das Besondere sei, nun könnte z.B. Herr Markus Wolff nicht mehr bestraft werden. Meines Erachtens ist das Besondere, daß die DDR damit überhaupt als völkerrechtlicher Staat auch als solcher bei der Wiedervereinigung hätte behandelt werden müssen. Die Regierung der BRD hätte mit der Regierung de Maiziere als gleichberechtigter Regierung über die Gleichstellung der Währung verhandeln müssen. Die in Bonn hatten kein Recht, die DM überzustülpen, die Treuhand schalten und walten zu lassen oder – auf deutsch gesagt – die Wirtschaft und alle Handelsbeziehungen zu zerschlagen. Obwohl die BRD das Erstgeburtsrecht hat, ist sie trotzdem kein Rechtsstaat. Hier wurden Menschen verfolgt, verurteilt, mit Berufsverbot belegt, weil sie gegen die Aufrüstung, für den Frieden eintraten.

Das Besondere des BVG-Urteils gilt nicht nur für die, die in der Spionage tätig waren, das Besondere ist, daß alle Maßnahmen der DDR zum Schutze ihres völkerrechtlich anerkannten Staates von den alten Bundesgerichten nicht verurteilt werden. Auch wenn sie sich nach DDR-Recht strafbar gemacht haben sollten.

ein Gerechter

Das Besondere der Spionage

Das Besondere im Urteil des Bundesverfassungsgerichtes besteht m.E. auch in der Herausstellung, daß die ehemalige DDR ein völkerrechtlich anerkannter Staat war. Dieser Tatbestand hat doch nicht nur für die Spionage Gültigkeit.

Wenn die Bundesregierung und die Parteien den Rechtsstaat repräsentieren wollen, haben sie auch alles Unrecht wiedergutzumachen, das in der alten untergegangenen BRD begangen wurde. Der Freispruch für die Blockierer ist da doch nur der Anfang. Das „Spionage-Urteil" eröffnet den Weg für eine neue Geschichtsschreibung über die Entstehung der beiden deutschen Staaten. Die Spaltung begann mit dem Inkrafttreten des Bizonenabkommens am 1.Januar 1947.

Willy Hundertmark

Laut Nein sagen

Weil bis heute (15. 6. 95) im zerstrittenen Jugoslawien immer noch keine Erfolge für eine friedliche Lösung erreicht wurden, wird immer wieder die UNO beschuldigt. Vor allem wird ihr immer wieder Zögerlichkeit vorgeworfen. Wer ist denn die UNO? Dumme Frage? oh, nein. Die drei Großen von Jalta haben mit Vorbedacht seinerzeit beschlossen, daß der fünfköpfige Sicherheitsrat nur einstimmige Entscheidungen treffen kann. Im Koreakrieg z. B. hat die US-Administration sich die Vollmacht für den Krieg von der Vollversammlung geben lassen. In Bosnien hat kürzlich die NATO 2 Bombenangriffe geführt und behauptet, dies hätten sie im Auftrage der UNO getan. Hatte der Sicherheitsrat den Auftrag erteilt? Sollte der erweiterte Rat dies getan haben, so fehlte bestimmt die Zustimmung Rußlands. Da die GUS einen Beistandsvertrag mit den bosnischen Serben hat, hat eine eventuelle Zustimmung des erweiterten Rates keine Gültigkeit. Auch nicht, weil ein Deutscher den Vorsitz hat.

Die 2 Bombenangriffe waren vollständig in den Hintergrund getreten, weil die Serben die UNO-Blauhelme an die Munitionsbunker angekettet hatten. Ist das genauso unmenschlich wie die Bombardements? Es dürfen nie die Ursachen mit den Wirkungen vertauscht werden. Die UNO muß deswegen nicht reformiert werden. Die UNO wird dann wieder stark, wenn die Fünf sich ihrer Verantwortung bewußt werden. Wenn es den Vertretern der NATO nach militärischen Lösungen gelüstet, sollten die anderen Zwei laut Nein sagen. So laut, daß alle friedliebenden Menschen und Völker es auch gut vernehmen. Und da sind besonders wir deutschen Friedensfreunde gefordert.

Nachtrag:

die gute Meldung: die UNO hat die Bildung einer schnellen Eingreiftruppe abgelehnt. Die ungute: die muslimische Armee ist gegen Sarajewo aufmarschiert, Kroaten kommen. Europarlament: militärisch lösen! Ist das der UNO-Auftrag?

Willy Hundertmark

Sie wollen schießen!

Rüstungsexporte

Eine erschreckende Zahl: Für 94 Milliarden DM haben deutsche Unternehmer den Tod in die Welt gebracht. Für diese Summe lieferten sie 1994 Waffen, Munition, Chemieanlagen, Kerntechnik, also Güter von strategischer Bedeutung, ins Ausland. Als Bremer frage ich natürlich, welche Bremer Firmen verdienen am Geschäft mit dem Tod. Es sind z.B. Abeking-Rasmussen und Lürssen mit Patrouillen-, Schnell- und Minenräumbooten. Weseraufwärts entstehen Seeminen bei (Krupp) Atlas Elektronik und die Feuerleitsysteme für den Leopard-Panzer. Der Bremer Vulkan Verbund baut für Bundeswehr und Export Fregatten. Bremer Firmen liefern alles, was das Marineherz höher schlagen läßt: Radar-, Sonar-, Minenlege-, Simulationsanlagen, Zielerfassungs- und Feuerleitsysteme. Und jetzt mit der Ausrüstung von Krisenreaktionskräften winken weitere Profite. Wo bleibt die von „unseren" Politikern so schön besungene Rüstungskonversion?

Hiltrud Brandt

Ankündigung

Am Sonntag, den 10. September, findet wie alljährlich um 11 Uhr auf dem Osterholzer Friedhof der internationale Gedenktag für die Opfer von Faschismus und Krieg statt. Er soll an die Mordnacht am 9. September 1943 erinnern, in der zahlreiche Antifaschisten in den Kerkern des Hitler-Regimes ermordet wurden.

Alle wollen unser Geld

Es sind allerdings gravierende Unterschiede, wofür dieses verwandt wird.

Die Herrschenden geben es für Kriegsmaterial, siehe den Eurofighter (Jäger 2000 pr Stück 90 Millionen) und für weitere Entwicklungen von modernem Kriegsmaterial oder für Teerhofbrücke und Klangbogen aus. Die rechte DVU erhält Hunderttausende DM von der „Bremische(n) Bürgerschaft"!

Wir als VVN-BdA benötigen Geld, um unsere notwendigen organisatorischen und öffentlichen Aufgaben durchführen zu können.

Wir haben keine Sponsoren in der Industrie und dem Handel und sind daher auf unsere Mitgliedsbeiträge und kleinen Spenden angewiesen.

Den bisherigen Spendern und auch den terminlichen Beitragszahlern möchte ich hiermit unseren besten Dank sagen.

Leider haben wir aber auch säumige Beitragszahler, und diese bitte ich, in unserem gemeinsamen Interesse möglichst umgehend für den Ausgleich des Beitrags Sorge zu tragen.

Im voraus vielen Dank sagt Euer Landeskassierer Friedel Becker

Unrechtsstaat?

Wie beurteilt ein Politiker seine Empfindungen 5 Jahre nach einer wichtigen politischen Veränderung? Auf Einladung von Pastor Hans Günther Sanders kam der frühere DDR-Ministerpräsident Hans Modrow am 31. Mai in die Zionsgemeinde. Drei Jugendliche der Gemeinde befragten ihn, wie er den 8. Mai 45 erlebt habe. Hans Modrow erzählte von seiner Gefangennahme und der Angst, erschossen zu werden, vom Gefühl, das ihm mit dem Transport in die Sowjetunion kam, als er erstmals verbrannte Erde erlebte, von seiner Scham, Heinrich Heine nicht zu kennen, als er von einem sowjetischen Offizier befragt wurde. Er vermittelte den Unterschied zwischen Antifa-Schule und Erziehungslager. Im Lager lernte er Bredel, Seghers und sowjetische Literatur kennen. Mit Jupp Angenfort und Sepp Meyer baute er die FDJ auf, in der sich 20-25 % der Jugendlichen organisierten. Die DDR habe sich dann bis in die 70er entschieden für die Vereinigung beider deutscher Staaten eingesetzt. 45 Jahre seien aber zu kurz gewesen, um wirklich eine eigene Nation zu schaffen.

Er erzählte von den Tagen des Umbruchs in der DDR, von der Öffnung Grenzen, bevor die Neufassung des Reisegesetzes entstand. Er sprach von einem eigenen Ansatz im 41. Jahr der DDR und die Gründe für das Scheitern. Er schilderte, wie Ende 1990 die gesamte Elite der DDR über Bord geworfen wurde. Würden nicht die Ideale erhalten, wüßte er nicht weiterzumachen, denn der real existierende Kapitalismus gebe keine Antwort. Im Kern gehe es um die Besitzverhältnisse und um einen dritten Weg. Die Erkenntnis, daß sich der alte Versuch nicht tragfähig erwiesen habe, sei seine Form der Reinigung

Raimund

Flucht

50 Millionen Menschen sind weltweit auf der Flucht. Etwa 5.000 von weltweit 6-10 Millionen Minderjährigen halten sich in Deutschland auf. Seit dem Krieg zwischen Irak und Iran ist bekannt, daß auch Kinder zwangsrekrutiert werden. 1993 waren es 200.000. Nach 3 Monaten Zentraler Erfassungsstelle (in Bremen die Jugendschleuse des Arbeitersamariterbundes) werden minderjährige Asylsuchende auf die Embrica Marcel verbracht, vor allem 14-15 jährige Westafrikaner aus Liberia, Sierra Leone, Guinea Bissao, Togo. Das amtlich erwünschte Rückführungsprogramm stößt auf Widerstand, nicht nur bei den Betroffenen. Also werden sie straffällig gemacht. Gegen ihren Willen geröntgt, ihr Alter amtlich festgestellt nach Beurteilungsgrundlagen für weiß-amerikanische Mittelstandsfamilien. Dieser Wahnsinn kostet mehr an Geld als eine sinnvolle Unterbringung in betreuten Kleingruppen und schulisch-beruflicher Ausbildung, die ihnen einen Weg aus ihren Nöten ebnen hülfe.

Raimund

Panzerknacker

Bonn hat allen Grund, das Wort Abrüstung ganz leise zu flüstern. Ihr Bericht (WK 24./25.5.95) nennt einige der 70 Staaten, die Waffen und Munition aus NVA-Beständen erhalten haben: Ägypten, Algerien, Südkorea, Thailand. Die türkische Armee setzt diese Waffen gegen Kurden ein, die indonesische gegen Befreiungsbewegungen in Ost-Timor und Westpapua. Kinkel und Rühe ließen den NATO-Partner Griechenland mit soviel Waffen füttern, daß diese auch für die Söldnerbanden auf dem Balkan reichen. Und sie planen die Ausstattung von Krisenreaktionskräften, wollen den Jäger 2000, einen neuen Panzerabwehrhubschrauber und ein Transportflugzeug anschaffen. Bonn betreibt einmal mehr Etikettenschwindel, indem es von Abrüstung redet und Aufrüstung in (potentielle) Krisengebiete betreibt. Dagegen verlangt der Geist der KSZE wirkliche Reduzierung der Kriegsmaschinerie. Die Arbeitsplätze im zivilen Bereich sind allemal sicherer, billiger und sinnvoller.

Eva Böller

Nachruf

Unerwartet verstarb mit nicht ganz 83 Jahren unser Kamerad Willi Seipel. Er hatte Setzer gelernt, wurde Anfang März 1933 verhaftet, schulte nach seiner Entlassung auf der AG Weser zum Schweißer um. Er war aktiv im Sportverein Tura. Als Soldat kam er in amerikanische Gefangenschaft. Nach dem Krieg trat er der VVN bei. In der KPD und DKP hat der Kamerad Willi bis zu seiner Pensionierung stets in leitenden Funktionen gearbeitet.

R.G.

Wir danken zurück

Liebe Freundinnen und Freunde!

Da ihr mir immer so regelmäßig Eure Vorstandzeitung zuschickt, möchte ich mich mit einer kleinen Spende von DM 50,– bei Euch dafür bedanken.

Da ich aber schon in vielen Vereinen bin und auch so manche Verbindlichkeiten dadurch habe, möchte ich nicht in den VVN-BdA eintreten. Ich bitte dafür um Verständnis. Inhaltlich trage ich Eure Arbeit voll mit.

Ich finde Eure Zeitung gut, weil sie nicht nur zu aktuellen Ereignissen besondere und erhellende Beiträge bringt, sondern immer wieder historische Bezüge aufzeigt und damit verdeutlicht, was es heißt „Aus der Geschichte lernen – aus ihr Lehren für die Gegenwart und Zukunft zu ziehen."

Ich freue mich schon auf die nächste Ausgabe."

Der Landesvorstand und Redaktion

Wer an einer Welt des Friedens und der Freiheit mitbauen will, wer sich aktiv gegen Neofaschismus, Rassismus und Krieg einsetzt, sollte Mitglied in der VVN-Bund der Antifaschisten werden.

- ☐ Ich möchte mehr über die VVN-Bund der Antifaschisten wissen.
- ☐ Ich bin bereit, einzelne Aktionen zu unterstützen und möchte informiert werden.
- ☐ Ich möchte in die VVN-BdA eintreten.

Mich interessieren vor allem folgende Schwerpunkte:

- ☐ Einwanderer und Flüchtlinge
- ☐ Neofaschismus
- ☐ Frieden
- ☐ Geschichtsforschung
- ☐ Erinnerungsarbeit

Name, Vorname _____

Straße _____

PLZ, Ort _____

Telefon _____

Geburtsdatum, Ort _____

Beruf _____

Bremen, den _____

Unterschrift _____

Bitte einsenden an:
VVN-BdA Bremen e.V., Bürgermeister-Deichmann-Str. 26, 28217 Bremen

Ein Maquis deutscher Antifaschisten in Frankreich

Im „Sonntagsblatt" vom 28.4.1995 war ein Artikel über den Widerstand gegen Hitler in Frankreich und über den Beitrag, den deutsche Eingewanderte politisch und rassische Flüchtlinge, geleistet hatten, z.B. in den Cevennen am 28.5.1944. Unter den 61 toten Widerstandskämpfern waren auch deutsche Männer, z.B. auf dem Gedenkstein „Mort pour la France" stehen auch Fred Bucher, Künstler aus Pauschwitz, Max Frank, Bauarbeiter aus Nürnberg, Karl Heinz, Funktionär der Sozialistischen Jugend in Mannheim, Anton Lindner aus Kehlheim in Bayern, Karl Trinka aus Österreich ...

Nur zwei deutsche Überlebende aus dieser Gruppe. Einer war Max Dankner aus Halle, der vom Fernsehjournalisten Axel Hoffmann in Halle interviewt wurde. Oder Norbert Breisäcker, der die Fahne auf der Kaserne Montcalm in Nimes hißte (die Trikolore). Und Martin Kalb, Ernst Butzow und Andreas Volz durften bei der Siegesfeier zur Befreiung von Nimes am 4. September die Kolonne der Sieger bei der Parade anführen. Eveline und Yvan Brès haben ein Buch geschrieben: „Ein Maquis deutscher Antifaschisten in Frankreich". Darin wird auch dies Résistancedenkmal für die 61 Toten in La Parad, einem Dorf in der Lozère (Cevennes), erwähnt.

Manche der deutschen rassisch und politisch Verfolgten gingen als Freiwillige nach Spanien, um gegen Franco zu kämpfen. Es gab aber auch Deutsche bei General König in Bir Hakeim im Kampf gegen Rommel. In der Bundesrepublik sind diese Deutschen im Ausland wohl vergessen.

François de Beaulieu

Die Arbeit wird immer schwieriger

Bei uns spielte natürlich der 50. Jahrestag der Befreiung Buchenwalds eine große Rolle. Leider wurde die Selbstbefreiung angezweifelt. Dieser Zweifel, sogar von einem Historiker aus Jena, gab Anlaß zu großen Auseinandersetzungen ... Vor allen Dingen waren sehr viele Jugendliche nach Weimar gekommen und haben den Ausführungen des Kameraden Carlebach mit Beigeisterung zugehört.

Es wäre nur zu begrüßen, daß diese Jugendlichen mehr Einfluß insgesamt auf junge Menschen ausüben. Die Arbeit in den Städten wird immer schwieriger, trotzdem viele Menschen Krieg und Faschismus ablehnen. Sie sind so frustriert, daß sie nicht bereit sind, gegen das Aufkommen und die Handlungen der neuen Nazis etwas zu tun, d.h. organisiert zu arbeiten. Aber wir kämpfen weiter...

Aber was bei uns noch dazukommt, wir werden zu unmündigen Verbrechern degradiert, die Geschichtsschreibung ist bemüht alles anzuzweifeln ohne zu überprüfen. Gemachte Fehler muß man eingestehen, aber Darstellungen noch Überlebender anzuzweifeln, ist eine Nichtachtung der Leistungen aller Antifaschisten...

Herzliche Kamplesgrüße von den Jenaer Kameraden

I.A. Wally Lubosch

Das Wichtigste

Der Bremer Antifaschist,
Organ der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes
Bund der Antifaschisten Bremen e.V.

Wir sind regelmäßig erreichbar:
Bürgermeister-Deichmann-Str. 26
28217 BREMEN
Tel.: 04 21/38 29 14 - Fax: 04 21/38 29 18

Montag	16.00 – 19.00 Uhr
Donnerstag	15.00 – 18.00 Uhr

Dringend benötigt:
Spenden für unsere Arbeit

Die Sparkasse in Bremen
(BLZ 290 501 01), Kto.-Nr. 103 1913

Anmeldungen für alternative Stadtrundgänge auch direkt unter (04 21) 61 12 62

Mitgliederöffentlich tagt
montags von 18.00 – 19.00 Uhr
der Geschäftsführende Vorstand,

jeden 4. Montag im Monat
von 18.00 – 20.30 Uhr
der Landesvorstand

regelmäßig Mahnwache
vor der Bremer Bürgerschaft

Redaktionsschluß: am 10. des Monats

V.i.S.d.P.:
Willy Hundertmark (Ehrenvorsitzender)

Geburtstage im Juli

Werner Sturm	2.7., 68 J.
Klara Pape	3.7., 70 J.
Friedrich Becker	11.7., 68 J.

Geburtstage im August

Wilhelm Lenth	1.8., 91 J.
Fredeke Drewes	5.8., 57 J.
Georges Beuchard	7.8., 73 J.
Wolfgang Büchler	22.8., 50 J.
Ernst Fenner	26.8., 81 J.
Hans-Ludwig Meier	26.8., 81 J.

Herzlichen Glückwunsch allen Kameradinnen und Kameraden

Der Landesvorstand

Kurzmitteilungen

5.7. Gesamtschule Mitte, Achimer Straße um 18.00 Uhr: „Die Stimmung ist auf dem Nullpunkt" – Das Eurofighter 2000 Programm – Personalabbau bei der DASA – Bericht von Jörg Huffschmid und Manfred Nieft vor der Stiftung für Rüstungskonversion.

Initiative gegen den Volksentscheid: Das Volk hat sich am 16.10.94 selbst entmachtet, jetzt kann die Bürgerschaft mit 2/3 Mehrheit die Verfassung ändern. Unser Einspruch wurde abgeschmettert. Kostproben aus dem Urteil: „Diejenigen, die eine verantwortungsvolle Entscheidung ... auch einer 2/3 Mehrheit des Parlaments zutrauen, werden in der Verfassungsänderung eine Erleichterung für sich sehen, weil sie so der Mühe enthoben sind, sich die Grundlagen für ein eigenes Votum zu erarbeiten." Wir sind jedoch undankbar und werden dagegen angehen. Doch die Hürden für die 2. Instanz sind hoch. (Ernst Busche und andere).

Friedensdorf International: seit 27 Jahren fliegen Mitarbeiterinnen des Friedensdorfes (Hauptsitz Oberhausen) verletzte oder kranke Kinder u.a. nach Deutschland. Krankenhäuser und Ärzte behandeln die Kinder kostenlos. Nach der Rehabilitation kehren die Kinder in ihre Heimat zurück. Das Bremer Büro des Friedensdorfes sucht Krankenhausfreibetten und ehrenamtliche MitarbeiterInnen. Nähere Informationen bei: Friedensdorf, Anke Krause, Telefon (21 01 17).